

EUROPAWEITE VERGABE VON  
POSTDIENSTLEISTUNGEN FÜR DEN  
LANDKREIS ALB-DONAU-KREIS

IM

OFFENEN VERFAHREN  
NACH VGV

**VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG  
ZUR WAHRUNG DES POSTGEHEIMNISSES**

**Verpflichtungserklärung zur Wahrung des Postgeheimnisses**

Seite 2 von 6

---

**Verpflichtungserklärung  
zur Wahrung des Postgeheimnisses**

Herr/Frau

---

beschäftigt bei

---

wird hiermit auf die Wahrung des Postgeheimnisses verpflichtet.

Mir ist bekannt, dass ich bei der Erbringung der Postdienstleistungen zur Wahrung des Postgeheimnisses verpflichtet bin und den datenschutzrechtlichen Regelungen des Postgesetzes (PostG), des am 25. Mai 2018 in Kraft getretenen neuen Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-neu) und der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) unterliege.

Das Postgeheimnis gilt auch innerhalb des Unternehmens.

Mir ist das Merkblatt „*Postgeheimnis und Datenschutz*“ ausgehändigt worden. Außerdem ist mir der wesentliche Inhalt der Vorschriften der EU-DSGVO, des BDSG-neu und des Postgesetzes erläutert und eine Zusammenfassung der wichtigsten Regelungen übergeben worden.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass es untersagt ist, geschützte personenbezogene Daten unbefugt zu einem anderen als dem zur jeweiligen rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, zugänglich zu machen oder zu nutzen.

**Verpflichtungserklärung zur Wahrung des Postgeheimnisses**

Seite 3 von 6

---

Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung meiner Tätigkeit fort.

Ich bin darüber belehrt worden, dass Verstöße gegen das Postgeheimnis nach § 206 des Strafgesetzbuches (StGB) mit einer Freiheits- oder Geldstrafe geahndet werden können und dass Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen Sanktionen gemäß §§ 41-43 BDSG-neu nach sich ziehen können.

Der Empfang und die Kenntnisnahme dieser Verpflichtungserklärung sowie des Merkblattes „*Postgeheimnis und Datenschutz*“ wird durch meine Unterschrift bestätigt (vgl. Anhang zu dieser Erklärung).

Die oben genannten Verpflichtungen werde ich einhalten.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift des/der Verpflichteten

Ich habe die Verpflichtung durchgeführt.

---

Unterschrift des Verpflichtenden

Original: für die Personalakte

Kopie: für den Beschäftigten, für den betrieblichen Datenschutzbeauftragten

**Verpflichtungserklärung zur Wahrung des Postgeheimnisses**

Seite 4 von 6

---

**Anhang - Merkblatt „Postgeheimnis und Datenschutz“**

Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienste erbringen oder an der Erbringung solcher Dienste mitwirken, sind hinsichtlich ihrer Postdienste zur Wahrung des Postgeheimnisses verpflichtet. Außerdem unterliegen sie den datenschutzrechtlichen Regelungen des am 25. Mai 2018 in Kraft getretenen neuen Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-neu) und der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO), die durch die Vorschriften der §§ 41a bis 42 Postgesetz (PostG) ergänzt werden.

**Postgeheimnis**

Das Postgeheimnis ist in § 39 PostG näher geregelt. Nach dieser Vorschrift unterliegen dem Postgeheimnis die näheren Umstände des Postverkehrs bestimmter natürlicher oder juristischer Personen sowie der Inhalt von Postsendungen. Zu den näheren Umständen des Postverkehrs gehören alle Verbindungsdaten, die nicht den Inhalt einer konkreten Postsendung selbst betreffen, wie z.B. Name und Anschrift des Absenders und Empfängers, Ort und Zeit der Aufgabe der Postsendung, Art und Weise der Inanspruchnahme der Dienstleistung. Es muss sich um Umstände handeln, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Postverkehr stehen. Der Schutz des Postgeheimnisses bezieht sich auf alle Postdienstleistungen im Sinne des § 4 Nr. 1 PostG. Dies sind die Beförderung von

- Briefsendungen,
- adressierten Paketen, deren Einzelgewicht 20 Kilogramm nicht übersteigt,
- Büchern, Katalogen, Zeitungen oder Zeitschriften,

unabhängig davon, ob es sich um offene oder verschlossene Sendungen handelt. Dementsprechend ist es den Unternehmen und deren Mitarbeitern untersagt, sich oder anderen über das für die Erbringung der Postdienste erforderliche Maß hinaus Kenntnis vom Inhalt von Postsendungen oder den näheren Umständen des Postverkehrs zu verschaffen. Eine Ausnahme von diesem Verbot ist nur in den Fällen des § 39 Abs. 4 Nr. 1-4 PostG möglich. Allerdings sind die Ausnahmetatbestände sehr eng auszulegen und stehen generell unter der Voraussetzung der Erforderlichkeit. Dies bedeutet, dass die genannten Maßnahmen nur in Betracht kommen, wenn und soweit keine andere Möglichkeit besteht, die erstrebten Informationen bzw. Ziele zu erreichen. Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch nach dem Ende der Tätigkeit fort.

**Verpflichtungserklärung zur Wahrung des Postgeheimnisses**

Seite 5 von 6

---

Verstöße gegen das Postgeheimnis können gemäß § 206 StGB mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet werden. Das Postgeheimnis gilt auch innerhalb des Unternehmens.

**Datenschutz**

Für die Zulässigkeit der Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung bei Postdienstunternehmen finden die Datenschutzbestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG-neu Anwendung. Diese werden durch die Regelungen der §§ 41a bis 42 PostG ergänzt.

Grundsätzlich erlaubt ist gemäß § 41a PostG die Verarbeitung von

- Anschriften und personenbezogenen Daten zum Zweck der Zustellung:

Übermittlung der aktuellen Anschrift an andere Postdienstleister zum Zweck des ordnungsgemäßen Erbringens von Postdiensten, Übermittlung der aktuellen Anschrift an den Absender nach Einwilligung des Empfängers, Mitteilen von Postfachadressen durch den Betreiber der Postfachanlage an jedermann, Übermitteln von Daten zur korrekten Zuführung von Sendungen in das Postfach des Inhabers an andere Postdienstleister, personenbezogene Daten von Empfänger und Ersatzempfänger von Postsendungen, soweit dies für die ordnungsgemäße Zustellung von Postsendungen erforderlich ist, Anschriftenprüfung (§ 41a PostG)

- Ausweisdaten:

Daten aus dem amtlichen Ausweis zur Person der am Postverkehr Beteiligten, die zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Ausführens von Postdiensten erforderlich sind. Besteht besonderes Beweissicherungsinteresse, dürfen sich aus dem Ausweis ergebende Daten zur Art des Ausweises und zur ausstellenden Behörde sowie die Nummer und das Ausstellungsdatum des Ausweises gespeichert werden (§ 41b PostG). Die Überlassung einer Kopie des Ausweises darf nicht verlangt werden.

- Personenbezogene Daten im Zusammenhang mit Fundbriefen:

Diensteanbieter dürfen personenbezogene Daten verarbeiten, wenn dies für die Zustellung, Rückführung oder Entgeltabrechnungen von Postsendungen erforderlich ist, die nicht zur Beförderung durch sie bestimmt sind und dennoch in ihren Betriebsablauf gelangt sind. Sie dürfen solche Sendungen öffnen, wenn weder hinreichende Absender- oder Empfängerangaben auf dem Umschlag erkennbar sind noch eine Übergabe an den vom Kunden gewählten Postdiensteanbieter möglich ist (§ 41c PostG).

**Verpflichtungserklärung zur Wahrung des Postgeheimnisses**

Seite 6 von 6

---

Daten, die sich auf die Inhalte von Postsendungen beziehen, unterliegen dagegen dem Verarbeitungsverbot.

Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen können Sanktionen gemäß §§ 41-43 BDSG-neu nach sich ziehen.

Zudem gibt es zahlreiche spezielle EDV-bezogene Straf- und Ordnungswidrigkeitenvorschriften, wonach die unbefugte Einsichtnahme, Speicherung, Veränderung, Übermittlung, Nutzung oder anderweitige Beschaffung, Löschung oder Unbrauchbarmachung solcher Daten verboten ist und mit Strafen bzw. Geldbußen geahndet wird (z.B. §§ 202a, 303a StGB, §§ 41f. BDSG-neu).

Die vollständigen Gesetzes- und Verordnungstexte sind auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (<http://www.bmwi.de/>) und der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (<http://www.bfdi.bund.de/>). Darüber hinaus können Sie weitere Informationen zum Thema Postgeheimnis und Datenschutz auf der Homepage der Bundesnetzagentur unter <http://www.Bundesnetzagentur.de/> und zum Thema Datenschutz auf der Homepage der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und der Informationsfreiheit unter <http://www.bfdi.bund.de/> abrufen.